

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Pressesprecher**

**Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Bildungspolitik

**Susanne Herold zu TOP 14:**

### **Probleme frühzeitig erkennen und individuell lösen**

Bildung ist der umfassende Prozess der Entwicklung und Entfaltung von Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, Leistungspotentiale zu entwickeln sowie Handlungs- und Problemlösungskompetenzen zu erlangen.

Junge Menschen in diesem Sinne zu bilden kann und ist nicht allein Aufgabe von Schule.

Eine gelungene soziale Integration und die Befähigung zu einer selbst bestimmten Lebensführung bauen ebenso auf Bildungsprozesse in Familien, Kindertagesstätten sowie Einrichtungen der Jugendarbeit auf.

Deshalb greift der Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen allemal zu kurz, um dem Problem der bestehenden Gewaltbereitschaft an Schulen gerecht zu werden.

Liebe Kollegen von Bündnis 90/die Grünen, die Forderung nach einer besseren Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Sozialarbeit, um Gewalt an Schulen vorzubeugen, ist längst Gegenstand gelebter Realität in Schleswig-Holstein. Ich empfehle den Fraktionsmitgliedern der Grünen-Fraktion hierzu den Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein, im November 2005 von der Sozialministerin vorgelegt, zu lesen (n.)

Hier finden Sie die Antworten auf die von Ihnen im Antrag aufgeworfenen Fragen, mit Beschreibungen laufender und in 2006 umzusetzender Projekte.

Empfehlenswert ist auch der Bericht Drs. 15/3760 über die fortschreitende Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit.

Die Fragestellung, ob die Landesregierung sicherstellen kann, dass alle Kinder mit Beginn der Schulpflicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, kann ich mit der Bitte um einen mündlichen Bericht über Konsequenzen zur Debatte über Gewalt an Schulen inhaltlich nur schwer zusammenführen.

Ist es richtig, dass Sie, meine Damen und Herren von Bündnis 90 / die Grünen hier in der Kategorie denken, dass Gewalt an Schulen ein ausländerbesetztes Thema ist, die der deutschen Sprache nur unzureichend mächtig sind?

Ist es richtig, dass Sie hier sehr undifferenziert eine Problemstellung ins Plenum einbringen, dessen Popularität aufgrund der Vorkommnisse in Berlin zurzeit sehr hoch ist, jedoch in keinsten Weise die Realität an Schleswig-Holsteins Schulen widerspiegeln?

Gewalt an Schulen und mangelnde Sprachkenntnisse vor allem auf Migranten zu reduzieren, halte ich für gewagt.

Ebenso fraglich erscheint die Forderung der Grünen, dass ausreichende Deutschkenntnisse vor Beginn der Schulpflicht in Schleswig-Holstein gesichert sein sollen, im nächsten Absatz jedoch gefordert wird, dass kein Kind aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse vom Unterricht ausgeschlossen werden darf.

Wo wollen sie denn nun eigentlich hin???

Die CDU-Fraktion hält Einschulungen ohne ausreichende Deutschkenntnisse für unverantwortlich. Ein Kind, das seine Lehrkräfte nicht versteht, und das gilt nicht nur für Kinder aus Migrationsfamilien, kann auch nicht erfolgreich lernen und gerät ins Abseits. Deshalb ist es für uns wichtig, dass ausreichende Deutschkenntnisse vor der Einschulung vermittelt werden und diesem Umstand muss das neue Schulgesetz auch Rechnung tragen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal festhalten:

Um eine umfassende ganzheitliche Bildung der nachwachsenden Generation sicherzustellen, muss der gezielten Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher besonderer Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hier gilt es, Probleme frühzeitig zu erkennen und Anspruch auf individuelle Förderung einzulösen. Dies kann nur in enger Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Familie gelingen. Schleswig-Holstein ist hier auf einem guten Weg!